

# **FRAGEN AN DIE BUNDESTAGS-KANDIDATEN UND IHRE ANTWORTEN**

## **1. Was wissen Sie über Car-Sharing und wie stehen Sie zu diesem ÖPNV- und Umweltschutz-Projekt?**

SPD, Dr. Johannes Fechner:

Car-Sharing ist auch im ländlichen Raum eine gute Möglichkeit, umweltfreundlich mobil zu sein. Ich habe derartige Initiativen und Vereine immer unterstützt. Car-Sharing muß weiter ausgebaut werden als Beitrag zum Umweltschutz  
DIE LINKE, Lukas Oßwald:

Car-Sharing bedeutet, dass mehrere Personen ein Auto benutzen zum Zwecke der Kostenersparnis und der Umweltschonung. Hier in Lahr heißt dieser gemeinnützige Verein "Gemeinsam mobil Lahr e.V.". Dies ist absolut sinnvoll, sowohl in ökonomischer als auch in ökologischer Hinsicht. Denn dadurch werden sicherlich gerade bei Leuten, die nur ab und zu ein Auto benötigen, erheblich Kosten eingespart und gleichzeitig verringert sich die Zahl der Autos.

FDP, Tilla Deter:

Car-Sharing ist ein interessantes und sehr begrüßenswertes Angebot zur Erweiterung der Mobilitätsangebote zwischen Individualverkehren und ÖPNV.

GRÜNE, Alexander Bonde MdB:

Car-Sharing ist eine umweltfreundliche und auch am Gemeinwohl orientierte Mobilitätsdienstleistung, die das Ziel verfolgt eine klimaentlastende und verkehrsreduzierende Wirkung in der Region zu erreichen. Gerade im ländlichen Raum bietet Car-Sharing die Chance, durch die Integration in ein Gesamt-ÖPNV-Konzept den Verkehr zu reduzieren und gleichzeitig eine attraktive Mobilitätsstruktur zu gewährleisten. Hinzu kommt gerade in einer Region, die sich den "sanften Tourismus" auf die Fahne geschrieben hat, dass Anbieter von touristischen Dienstleistungen den Urlaubern attraktive Angebote machen können. Darum setzen wir Grüne uns dafür ein, dass Car-Sharing als integrierter Teil eines erweiterten ÖPNV in der Regional-, Stadt- und Verkehrsplanung begriffen und entsprechend gefördert wird.

CDU, Peter Weiß:

Die Idee, ein Auto mit anderen Personen zu teilen, finde ich gut und ökologisch verantwortlich. Dies trägt zur Entlastung auf unseren Straßen bei.

## **2. Welche Bedeutung hat ehrenamtliches Car-Sharing für Sie und wie wollen Sie sich für die Anerkennung der ehrenamtlich betriebenen Car-Sharing-Vereine als gemeinnützige Vereine durch die Finanzämter einsetzen?**

SPD, Dr. J. Fechner:

Da Car-Sharing-Vereine einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz darstellen, ist für mich das Kriterium der Gemeinnützigkeit erfüllt und sollte von den Finanzämtern akzeptiert werden.

DIE LINKE, L. Oßwald:

Grundsätzlich ist jedes Ehrenamt anerkennenswert, wenn es der Allgemeinheit nützt. In Lahr ist GML als gemeinnützig anerkannt - welche Probleme andernorts diesbezüglich auftreten, entzieht sich meiner Kenntnis. Das Ehrenamt ist sicherlich wichtig, Prozesse in der Gesellschaft anzustoßen. Um Car-Sharing flächendeckend zu organisieren, ist jedoch die öffentliche Hand in der Pflicht. Hier können sinnvolle Arbeitsplätze entstehen. Privat nutze ich mit meiner Familie 1 Kfz (4 Erwachsene, 1 Kind) - privates Car-Sharing sozusagen.

FDP, T. Deter:

Ehrenamtliches Engagement ist eine wichtige Unterstützung der sozialen Gemeinschaft. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre unser gesellschaftliches Zusammenleben sehr viel ärmer oder, wie ich meine, undenkbar. Hinsichtlich der Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen gelten die einschlägigen Vorschriften zur Erreichung des Gemeinnützigkeitsstatus, welche allgemeine Gültigkeit haben.

GRÜNE, A. Bonde:

Die Car-Sharing Landschaft wird insbesondere von vielen kleinen, ehrenamtlich organisierten und engagierten Initiativen getragen. Dieses ehrenamtliche Engagement für die Umwelt, eine am Gemeinwohl orientierte Aufgabe, ist, wenn keine gewerblichen Interessen damit verbunden sind, als gemeinnützig anzusehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu einer Regelung zur Anerkennung als gemeinnütziger Verein von Car-Sharing Vereinen unter den o.g. Voraussetzungen kommt. Dies wird wahrscheinlich hinsichtlich des Verfahrensweges kein großes Problem darstellen, wenn es politisch gewollt ist.

CDU, P. Weiß:

Car-Sharing ist für viele Bürgerinnen und Bürger mittlerweile eine sinnvolle Alternative zum Privat-PKW geworden. Für die Union hat bürgerschaftliches Engagement Tradition und Zukunft. Die Unterstützung von Vereinen und die Förderung des Ehrenamtes gehören zu den fundamentalen Anliegen unserer Politik. Deshalb werden wir uns auch dafür einsetzen, dass Vereine gestärkt werden und das Gemeinnützigkeitsrecht fortentwickelt wird.

**3. Halten Sie den Wunsch der ehrenamtlich betriebenen CS-Vereine nach Senkung der Mehrwertsteuer auf 7% für gerechtfertigt? Wenn ja, was wollen Sie zur Realisierung dieses Anliegens beitragen?**

SPD, Dr. J. Fechner:

Ich halte dieses Anliegen für berechtigt und würde mich für den Fall meiner Wahl dafür einsetzen.

DIE LINKE, L. Oßwald:

Das ist deshalb gerechtfertigt, weil Mobilität ein Grundbedürfnis ist für die Menschen (Einkaufsfahrten, Fahrten zu Arzt etc.). Deshalb wäre die Null-Besteuerung angebracht. Da es jedoch auch Fahrten gibt, die dem reinen Vergnügen dienen, ist der ermäßigte Steuersatz hier anzuwenden. Die Realisierung kann nur durch ein entsprechendes Gesetz im Bundestag beschlossen werden. Dafür setze ich mich ein.

FDP, T. Deter:

Grundsätzlich halte ich eine Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für dringend erforderlich- jedoch ausnahmslos und ohne wettbewerbsverzerrende Wirkung. Es ist eine wichtige, zentrale und grundsätzliche Forderung der sozialen Marktwirtschaft, den Marktzugang gleichgerechtlich zu ermöglichen. Außerhalb dem Ausgleich sozialer Grundbedürfnisse sind Einzelfallvergünstigungen wettbewerbverzerrend und somit systemschädigend.

GRÜNE, A. Bonde:

Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt bisher für Verkehrsdienstleistungen im öffentlichen Nahverkehr und bei Taxis bis zu einer Entfernung von 50 Kilometern. Diese Beschränkung ist schon heute wirklichkeitsfremd. Wir wollen den ermäßigten Mehrwertsteuersatz daher auch im Schienenpersonenfernverkehr einführen. Selbstverständlich muss der 7%-ige Mehrwertsteuersatz auch für Car-Sharing gelten. Dies gilt gerade auch vor dem Hintergrund, Car-Sharing zu fördern und attraktiver zu machen.

CDU, P. Weiß:

CDU und CSU wollen eine strukturelle Überprüfung zur Mehrwertsteuerbelastung mit dem Ziel, nicht mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswirkungen zu korrigieren und insbesondere die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche zu berücksichtigen.

**4. Wie stehen Sie zur Blockade des BMWI (der Minister Glos und zu Gutenberg) gegenüber dem von drei anderen zuständigen Ministerien (Verkehr, Finanzen und Umwelt) im Verkehrsausschuss des Bundestages seit 2005 eingebrachten Gesetzentwurf zur Umwidmung öffentlicher Stellplätze als Car-Sharing-Stellplätze?**

SPD, Dr. J. Fechner:

Gemeinden können dies zwar jetzt schon tun. Aber ein entsprechendes Bundesgesetz mit einer ausdrücklichen Regelung zur Umwidmung öffentlicher Parkplätze ist dennoch sinnvoll, weil dadurch Gemeinden ermuntert und bestärkt würden, diese Umwidmungen vorzunehmen. Die Blockade von Gutenberg ist umweltfeindlich und nicht nachzuvollziehen.

DIE LINKE, L. Oßwald:

Wer wie Glos und Gutenberg nur möglichst viele Autos auf den Straßen will, kann nicht anders - und kann deshalb keine vernünftige und bürgerfreundliche Politik machen. Vernünftige Gründe für die Blockade gibt es jedenfalls nicht.

FDP, T. Deter:

Hierzu verweise ich auf meine Ausführungen (Satz 2 und 3 unter Punkt 3). Da die Umwidmung öffentlicher Stellplätze zu Car-Sharing-Stellplätzen keine Maßnahme zum wirtschaftlichen Sozial-Ausgleich darstellt, jedoch einen wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Marktteilnehmern ergibt, ist diese Forderung zur Wahrung eines gerechten Marktzugangs im System der sozialen Marktwirtschaft abzulehnen.

Grüne, A. Bonde:

Bündnis 90/Die Grünen waren schon der Initiator eines rot-grünen Antrags aus dem Jahr 2005, der die Bundesregierung aufforderte, die Stellflächenausweisung für Car-Sharing im öffentlichen Straßenraum einzuführen und haben 2009 mit einem Bundestagsantrag nachgelegt, der aber von CDU/CSU, SPD und FDP abgelehnt wurde. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass diese Forderung, die mittlerweile auch von der Mehrheit der Bundesländer unterstützt wird, endlich umgesetzt wird.

CDU, P. Weiß:

In dieser Frage vertreten insbesondere die Kommunen bzw. Kommunalen Spitzenverbände die Auffassung, dass bereits alternative Möglichkeiten bestehen. Es ist zu befürchten, dass durch eine privilegierte Nutzung von Parkplätzen für Zwecke des Car-Sharing Parkraum verknappt wird und dadurch neuer Parkdruck gerade in Ballungsräumen entstehen könnte. Zudem muss auch die Möglichkeit einbezogen werden, dass andere Parkplatzsuchende Gleichbehandlung verlangen, zum Beispiel im Bereich der Mietwagen.